

SCHWEIZERISCHE Gewerbezeitung

DIE ZEITUNG FÜR KMU

AZA 3001 Bern

REVISION DES KARTELLGESETZES - Noch hat das Parlament die Möglichkeit, eine unheilvolle Entwicklung zu stoppen, die vorab den KMU enorm schaden würde.

Das Paragrafen-Monstrum

Als Johann Schneider-Ammann im Vorfeld der Bundesratswahlen im September 2010 vor der Schweizerischen Gewerbetekammer für seine Kandidatur warb, prangerte er gnadenlos die «Regulierungswut, die in der Schweiz wuchert» an. Bloss drei Jahre später legte sein Departement den eidgenössischen Räten einen Vorschlag zur Revision des Kartellgesetzes vor, der in Sachen Regulierungswut kaum zu überbieten ist. Der Ständerat ist Schneider-Ammann bereits gefolgt, während die Wirtschaftskommission des Nationalrates (WAK-N) den Revisionsvorschlag nächste Woche unter die Lupe nehmen wird.

Gipfel der Absurdität

«Man muss lange suchen, bis man eine bundesrätliche Vorlage findet, die für die KMU-Wirtschaft dermassen schädlich ist», hält sgv-Direktor Hans-Ulrich Bigler fest. Zudem gebe es darin juristische Winkelzüge, die mit dem schweizerischen Rechts- und Gerechtigkeitsbegriff nichts zu tun haben. «Der Gipfel der Absurdität ist die Tatsache, dass das Ganze als Hilfsmassnahme für die heimische Wirtschaft ausgegeben wird», kritisiert Bigler.

Linke und Kantone murren

Dass Schneider-Ammanns «Hexenhammer» (so nennen Bundeshaus-Insider die Vorlage) wohl nicht das Gelbe vom Ei ist, zeigt auch das klare Njet der Linken. Daniel Lampart, Chefökonom des Schweiz. Gewerkschaftsbundes, nimmt kein Blatt vor den Mund: «Dieser Vorschlag dürfte das Wettbewerbsrecht in seinem wichtigsten Bereich, der Bekämpfung von harten Kartellen, schwächen. Gerade in diesem Bereich also, in welchem sie am schlagkräftigsten sein muss.» Lampart befürchtet dabei vor allem, dass die Wettbewerbskommis-

sion («eine effiziente, kostengünstige Milizbehörde») durch unnötige Bürokratisierung entmachtet werde.

Keine Freude an der Vorlage haben auch die Kantone, wie ein Brief der Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz BPUK an die WAK-N beweist. Das Gremium stösst sich darin vorab am Verbot von Abreden, die keine negativen Auswirkungen auf den Wettbewerb haben. Die Begründung hat es jedenfalls in sich: «Der Nachweis, dass die Abreden im Einzelfall aus Gründen der wirtschaftlichen Effizienz gerechtfertigt sind, dürfte in den meisten Fällen - namentlich für die KMU - schlicht unmöglich sein.»

Sieben krasse Beispiele

Die Liste der vom Teilkartellverbot betroffenen Abredeformen ist lang und lässt tatsächlich alle Alarmlampen dunkelrot aufleuchten. Die folgenden Beispiele illustrieren dies: ■ Franchise-Systeme werden verunmöglicht, weil die Vorgabe des Franchisegebers an die Franchisenehmer bezüglich Markenführung als versteckte Preisabsprache gedeutet wird. ■ Die Praxisgemeinschaft von Ärzten mit verschiedenen Spezialitäten wird als ein Einander-Zuschancen von Patienten interpretiert.

■ Verkäufer von Sportartikeln dürfen keine Vorgaben mehr betreffend Qualität der Beratung und Sicherheit an Verkaufsstellen machen, sonst gilt es als Kartell.

■ Langfristige Recycling-Verträge, die Preise für den Ankauf von wiederverwertbarem Material vorsehen, sind nicht erlaubt.

■ Arbeitsgemeinschaften im Bau sind untersagt: jede Firma muss das gesamte Projekt selber machen können.

■ Der Pächter eines Hotelrestaurants, der das Frühstück zu einem besonderen Preis für Hotelgäste anbietet, agiert kartellistisch.

■ Verträge unter Transportfirmen zur Reduzierung von Leerfahrten sind verboten.

Patrick M. Lucca

WEITERER BERICHT SEITE 8

Der Amtsschimmel mag neckisch wiehern, doch der Gesetzesentwurf lässt jedes Schunzeln vergehen...



ÖKOLOGISCHER UMBAU - Mit dem Aktionsplan «Grüne Wirtschaft» will der Bundesrat eine noch radikalere Volksinitiative bodigen. Der sgv lehnt das Vorhaben kategorisch ab.

Inakzeptables Diktat des Bundes

Durch die Lancierung der Volksinitiative «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)» fühlte sich der Bundesrat in Defensive gedrängt. Statt aber das Volk über das radikale Volksbegehren der Grünen Partei befinden zu lassen, entschied er sich für einen indirekten Gegenvorschlag, nämlich für eine Änderung des Umweltschutzgesetzes (USG). Diese schrittweise Strategie verfolgt, laut dem Umwelddepartement von Doris Leuthard, das Ziel, «die Umweltbe-

lastung langfristig massgeblich zu vermindern und den Ressourcenverbrauch der Schweiz auf ein naturverträgliches Mass zu reduzieren.» Der Anpassungsprozess soll mehrere Jahrzehnte in Anspruch nehmen. Erste Schritte werden mit der geplanten Revision des USG eingeleitet.

Dirigistische Massnahmen

Der sgv lehnt den Aktionsplan in seiner Vernehmlassung «insgesamt und integral ab». Der zuständige Ressortleiter Henrique Schneider nennt die

Gründe: «Erstens steht der Aktionsplan im Widerspruch zum «Masterplan Cleantech», der bereits angelaufen ist. Zweitens setzt er auf dirigistische Massnahmen, die als sogenannte Kann-Vorschriften versteckt werden, aber dem Bund ein Mitspracherecht bis in die Methodik der Effizienzmassnahmen einzelner Branchen erlauben. Drittens kommt die Vorlage ohne Schätzung der Regulierungsfolgekosten und ohne KMU-Test, was sie insgesamt inakzeptabel macht.»

«Mit dem «Masterplan Cleantech» und der «Energierategie 2050», die beide vom sgv mitgetragen werden, verfüge die Schweiz über zwei wirkungsvolle Strategien. Die freiwilligen Massnahmen der Wirtschaft dürfen nicht mit Zusatzregulierungen belastet werden», betont Schneider. Deshalb sei auch der Vorschlag inakzeptabel, wonach sich der Bund vorbehält, bei Bedarf durch Vorschriften zur Information und Berichterstattung über Produkte und für das Inverkehrbringen von Produkten diese Freiwilligkeit zu forcieren. Lu

BERUFSBILDUNG

Englisch ist Trumpf

Der Kanton Zug ist bekannt für seine innovative Berufsbildungspolitik. Jetzt wurde die Latte noch höher gesetzt: im Rahmen eines Pilotversuchs werden in englischer Sprache durchgeführte Grundbildungen ausgetestet. Damit wollen die Behörden den aktuellen Bedürfnissen der im Kanton angesiedelten internationalen Firmen Rechnung tragen. **BERICHT SEITE 13**



INHALT

BRIGITTE HÄBERLI - Die Thurgauer Ständerätin kennt die KMU aus eigener Erfahrung. **SEITE 2**



MEHRWERTSTEUER - Sollen Esswaren künftig je nach Temperatur fiskalisch belastet werden? **SEITE 9**



AUTOTEST - Mercedes-Benz hat die E-Klasse mit viel Können und Liebe modernisiert. **SEITE 19**

